

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Adressaten 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamazeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und drucklich gesicherte oder durch Fernsprecher aufgebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühren: 10.— M. das Laufen, zusätzlich Polzeigebühren. / Beilagsannahme vormitags 10 Uhr, größere Anzeigen Tage zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Donnerstag, den 28. Januar 1932

34. Jahrg.

## Kirchensteuern

fürs 2. Halbjahr vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932, sowie Rückstände vom 1. Halbjahr und Rückgeb. sind vom **28. Januar bis 10. Februar d. S.** bei hiesiger Kirchentafel zu entrichten.

Der Gemeindefiskusrat.

## 16000 Kleinfiedlerstellen.

Von Reichsminister Dr. Saaben.

Für die Durchführung der vorläufigen Kleinfiedlung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose hat die Reichsregierung zunächst für die Zeit vom 1. November 1931 bis 30. April 1932 einen Betrag von monatlich 8 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Nach den Richtlinien vom 10. November 1931 sollen diese Mittel zur Gewährung von Darlehen an die zum Träger des Verfahrens bestimmten Gemeinden und Gemeindegewerkschaften, deren Höchstbetrag für vorläufige Kleinfiedlungen auf je 2500 RM und bei Kleingärten auf je 100 RM festgelegt worden ist.

Auf Grund der in der Zwischenzeit geleisteten Vorarbeiten kann sofort mit Eintritt günstigen Baubewitters mit der Errichtung von zunächst 16 000 vorläufigen Kleinfiedlerstellen begonnen werden. Die Zahl wird sich erhöhen, sobald sich überlegen läßt, ob und inwieweit sich die zunächst für die einzelnen Stellen vorgesehenen Höchstausgaben von je 2500 RM durch Bereitstellung eigener Mittel der Träger oder Siedler vermindern lassen.

Von den vorgenannten 16 000 Kleinfiedlerstellen entfallen auf die Großstädte über 500 000 Einwohner und deren nähere Umgebung einfallen folgende Zahlen: Berlin 480, Hamburg-Altona und Harburg-Wilhelmsburg 920, Köln 480, München 500, Leipzig 500, Dresden 456, Breslau 350, Frankfurt a. M. 360. Von dem Rest entfallen rund 2000 vorläufige Kleinfiedlerstellen auf den Ruhrgebietverband und die übrigen auf die bedeutenderen Industriezentren mit 500 000 Einwohner sowie auf die sonstigen großen Industriegebiete.

Auf Grund der inzwischen aufgestellten eingehenden Preisberechnungen und zum Teil sogar bindenden Preisangebote darf festgelegt werden, daß heute in ganz Deutschland der Bau und die Einrichtung einer Kleinfiedlerstelle einschließlich des Wertes der Selbst- und Nachbarnhilfe der Siedler für 3000 RM möglich ist. Das für diesen Preis erforderliche Siedlerhaus besteht aus einem Wohnraum von 12 bis 14 Quadratmetern, einem größeren Schlafraum von 9 bis 12 Quadratmetern sowie zwei weiteren kleineren Schlafräumen, einem Kleintierstall in der Größe von 5 bis 6 Quadratmetern, einem Kellerraum von mindestens 4 Quadratmetern sowie den notwendigen Räumen zur Abwässerung von Geräten und zum Lagern von Futter und Material. In den Höchstbetrag von 3000 RM wird weiter einbezogen die Kosten der Einrichtung der Stelle; zu ihnen gehört die Ausattung mit dem notwendigen lebenden und toten Inventar einschließlich der Vieherdung des für das erste Entschärfen erforderlichen Düngers und Saatgutes sowie der anzupflanzenden Obstbäume. Einbliss für den Preis von 3000 RM einbezogen die anteiligen Kosten für die Gesundheitsaufklärung, Wassererzeugung und Entwässerung.

Da auf diese Weise erzwungene starke Senkung der Baukosten kommt in erster Linie den arbeitsbedürftigen Erwerbslosen selbst zugute, denen mit Hilfe eines Reichsdarlehens von im Höchstfall 2500 RM ein zwar bescheidenes, aber trotzdem auch zur Unterbringung einer fernerliegenden Familie in jeder Weise ausreichendes Eigenheim geschaffen wird. Die Senkung der Baukosten dürfte aber indirekt auch dem freien Baumarkt zugute kommen.

Die öffentliche Planung bietet mithin alle Aussicht, zwei wesentliche aus je genutzte Hoffnungen zu erfüllen: Einmal die Herausarbeitung einflussreicher, aber der praktischen Bedürfnissen der Siedler entsprechender Typen für Siedlerheimstätten, und daneben die für die Fortführung des Siedlungswerkes dringend notwendige wesentliche Senkung der Baukosten.

Die Fortführung des Siedlungswerkes ist jedoch nicht nur eine Frage der Zahl, sondern auch eine Frage der Art. Ich habe bereits bei anderer Gelegenheit betont, daß die Strukturveränderung der deutschen Wirtschaft es unmöglich macht, das Millionenheer unserer Erwerbslosen auf die alten Arbeitsplätze zurückzuführen, daß es aber aus finanziellen und ethischen Gründen ebenso unmöglich ist, eine derartig hohe Zahl von Erwerbslosen dauernd aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten und zum Nichtstun zu verurteilen. Das sich hieraus ergebende Problem der Rückführung eines Teiles unserer Stadtbevölkerung auf das Land kann selbstverständlich nur im Wege der landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Vollerwerbsbildung gelöst werden.

Wenn ich mich trotzdem nach wie vor für die Fortführung der vorläufigen Kleinfiedlung als Nebenberufsweg einsetze, so möchte ich hierin keinen Gegensatz zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vollerbildung gesehen wissen, deren Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit ich in jeder

Weise anerkenne. Die vorläufige Kleinfiedlung darf und soll nicht an die Stelle der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vollerbildung, sondern neben diese treten, um allen denen, die vorübergehend aber selbst auf längere Dauer ganz oder teilweise arbeitslos sind, zunächst einmal eine Möglichkeit zu geben, ihre dringlichste Arbeitskraft wenigstens zur Errichtung einer Wohnung und zur Erzeugung eines Teiles der für ihre Familie erforderlichen Lebensmittel zu verwerten. Auf die Dauer gesehen, soll die vorläufige Kleinfiedlung und Kleingartenbeschaffung den Industriearbeiter krisenfest machen und vor den großen wirtschaftlichen und ethischen Gefahren schützen, die langandauernde Arbeitslosigkeit für jeden Menschen mit sich bringt.

Für die Zukunft sollen und müssen neben den Musterfiedlungen auch freie Siedlungswesen gefördert werden, die ihre Entstehung der tatkräftigen Initiative privater gemeinnütziger Siedlungsorganisationen oder einzelner Siedler verdanken. Meine Bitte an alle interessierten Stellen geht dahin, die Fortführung und Fortentwicklung des Siedlungswerkes mit allen Mitteln zu fördern, damit die großen Hoffnungen erfüllt werden, die die weitesten Kreise des deutschen Volkes und vor allem die unmittelbar Beteiligten an das Gelingen des Wertes knüpfen.

## Reichshilfe für Landkreise.

Rund 582 000 Wohlfahrtsverwehrlöse.

Berlin, 27. Januar.

Der Vorstand des Preussischen Landkreistages beschäftigt sich erneut mit den steigenden Wohlfahrtskosten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Betreuung der Wohlfahrtsverwehrlöse kein kommunalpolitisches, sondern in erster Linie ein staatspolitisches Problem sei. Reich und Staat müssten ausreichende Mittel dazu zur Verfügung stellen.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwehrlöse in den ländlichen Bezirksratgeberverbänden des Reiches habe am 31. Dezember 1931 rund 582 000 betragen, was gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Prozent bedeuete. Das katastrophale Wachstum der Steuerertragsminderungen erhöhe die Schwierigkeiten ins Ungemessene.

Ferner wurde das Gutachten von Prof. Popitz über den Finanzansgleich eingehend besprochen.

## Strafrechtsausfluß des Reichstages.

Kahl gegen Aufhebung der Todesstrafe.

Berlin, 27. Januar.

Der Strafrechts-Ausfluß trat in die Beratung der Bestimmungen des Entwurfs über die Todesstrafe ein. Hierzu wies

der Ausschuß-Vorhändler Dr. Kahl (DVP)

darauf hin, er habe im Oktober 1928 und im Mai 1930 beantragt, die Todesstrafe durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen, mit der Maßgabe, daß ein wegen Mordes zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen sei und seine Entlassung nach je dreijährigen Fristen unter ganz besonders strengen Vorbedingungen und Beschränkungen verfügt werden könne. Zweck dieses Antrags sei die Herbeiführung einer Verständigung über die entscheidenden Fragen gewesen, um auch den Anhänger der Todesstrafe eine denkbar höhere Bürgschaft gegen die Rückkehr von Mördern in die menschliche Gesellschaft zu bieten.

Da dieser Antrag beide Male abgelehnt worden sei, habe er für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt. Kahl betonte, daß er den Antrag wegen der jetzigen Lage nicht wieder aufnehmen werde, und zwar nicht aus juristischen Gründen, sondern aus Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse. Man werde heute in der Öffentlichkeit die schärfsten Bedenken dagegen finden, gerade in diesem Augenblick die Todesstrafe abzuschaffen. Die Zahl der Tötungen habe zugenommen, nicht zuletzt auch im politischen Kampf, und vor allem hätten sich in letzter Zeit so schreckliche Mordfälle ereignet, daß z. B. selbst Preußen sich zur Vollstreckung von Todesstrafen habe entschließen müssen. Die gegenwärtige Zeit sei nicht günstig, die Abschaffung der Todesstrafe ins Auge zu fassen.

## Weiterer Verkehrrückgang.

Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

Berlin, 27. Januar.

In einer Tagung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nahmen zum ersten Male die neuernannten Mitglieder, Staatssekretär a. D. G r i t t e r b und Ministerialdirektor S e h u z e teil. Zum Präsidium wählte der Verwaltungsrat wiederum einstimmig seinen bisherigen Präsidenten, C. F. v o n E m e n s. Ebenso wurden einstimmig wiedergewählt zum Ersten Vizepräsidenten Staatssekretär a. D. S i e d e r und zum Zweiten Vizepräsidenten Oberpräsident a. D. v o n B a t o t i.

Der vorläufige Ueberblick über die Einnahmewindung im Jahre 1931 ergibt mit 3,84 Milliarden RM einen Rückgang um 15,9 v. H. gegenüber 1930 und um 28,2 v. H. gegenüber 1929. Mit dem enttäuschten Abschlus für 1931

ist für den April zu rechnen. Die Einnahmewindung im Januar 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahnanteile 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 243 Millionen RM ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, den 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen RM (rund 24 v. H.) eingezahlt. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Anleihe vorgelegenen Aufträge sind soweit als möglich herausgegeben worden.

Ein Ueberblick über die Auswirkung der im Dezember beschlossenen Ermäßigung des Gütertarifs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen RM läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von veräußerten Sonntagsfahrkarten zu Weihnacht hat den Reichseinerlei wesentlich belehrt. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wurde in einigen Bezirken der Reichsbahnverkehr des Vorjahres sogar übertroffen. Die Einnahmen mußten dabei naturgemäß trotzdem wegen der verbleibenden Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

## Tagung des deutschen Einzelhandels.

Eine Rede Dr. Goerdelers.

Berlin, 27. Januar.

In der Geschäftsführerkonferenz der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sprach der Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, über sein Amt, seine Aufgaben und deren Durchführung. Es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß für Käufer mit hoher Industrielieferung eine Anklage, selbst bei größter Pflege des Binnenmarktes, einen starken Rückgang der Lebenshaltung zur Folge haben müsse.

Er geht nicht an der Tatsache vorbei, daß ein wesentlicher Teil der Lastenentlastung bedingt sei durch Steuern, Gebühren und Tarife. Um hier zu einer Entlastung zu kommen, bliebe nur der Weg höchster Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und organisatorischer Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Außerdem seien alle irgendwie erdenklichen Möglichkeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen auszunutzen.

Er halte es für seine Pflicht, auf die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge hinzuweisen, von denen eine gesunde Lebenshaltung der Preisgestaltung ausgehen müsse und zu denen je immer wieder zurückzuführen.

Wirtschaftliche Verbesserungen können nur kommen aus Arbeit, Sparmaßnahmen, Neubildung von Kapital und aus der Erkenntnis, daß ein politisch unmündiges Volk sich gute Lebensbedingungen niemals verdienen kann.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft, Dr. E i b u r t i u s, schilderte die Wirkungen der Notverordnung auf Preise, Löhne und Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Einzelhandel könne keine Aufgabe der Befüllung und Verteilung von Waren nur ausführen, wenn keine eigene Kaufkraft erhalten bleibe. Die Bemühungen um Ausgleich der Spannen des Preisgefüges zwischen freien und gebundenen Waren seien energisch fortzusetzen. Daneben gelte es, den Willen zur langfristigen Anlage beim Sparrer herauszustellen. Der Redner erörterte die Möglichkeit einer besseren Kreditorganisation für den Einzelhandel in Verbindung mit einer Zusammenfassung seiner Warenvereinigungen und schärfere Wächler und Prüfer gegenüber den Verkäufern der Realwaren, bei der besonders gefährdete Mehrbelastungen der mittleren Gewerbebetriebe abzulehnen sind.

## Deutschland hat abgerüstet!

Ein Interview Groeners in der „Volante“.

Paris, 26. Januar.

Reichsminister Groener gemähte dem Berliner Vertreter der „Volante“ eine Unterredung über die Frage der Abrüstung und über die deutsche Innenpolitik. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Verlaufs des Vertrages erfüllt habe. Groener verwies jedoch darauf, daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien, sofort 10 Millionen Mann zu mobilisieren. Deutschland könne binnen 10 Millionen nur 100 000 Mann für das Landheer und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfalle entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und leichter keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe.

Marshall Foch habe im Januar 1927 bekräftigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

Zu den französischen Behauptungen über die großen Geheimrüstungen in der französischen Abrüstungsbericht (s. in ausdrücklich festgelegt, daß ein Vergleich zwischen den Heeresbeständen der Staaten unmöglich sei. Diese Heile treffen ganz besonders für Frankreich und Deutschland zu, da er letztere die Militärdienstpflicht, Deutschland aber ein Berufsheer habe. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Rekruten ebenloosel, ... wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Ausbildung erhielten. Das gleiche gelte für Deutschland. Der deutsche Heereshaushalt sei seit 1928 ständig herabgesetzt worden während der französische sich seitdem dauernd erhöht habe.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Vergleich nach von Geheimrüstungen sprechen.

Die Berichte des Senators Eccard seien deshalb zum Mißtrauen verurteilt. Zu den Ausführungen General Bourgeois unterließ Grœner, daß es in Frankreich heute mehr Offiziere und Unteroffiziere gebe, als die Reichswehr insgesamt überhaupt Mannschaften und Offiziere habe.

Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkervereinigung erogen. Geheißt, diese Erziehung zu verbinden, seien die Methoden, mit denen man in den letzten Jahren Deutschland daran gehindert habe, sich die freie und unabhängige Geistes zu fügen.

Der Stahlführer und die Leute hinter ihm seien keine militärischen Verbände und verfügten über keinerlei Waffen. Heute sei noch nicht zu überlegen, ob die nationalsozialistischen Führer jemals in der Lage sein würden, allein die Führung der Regierung zu übernehmen. Die Staaten, die Deutschland als zweifelhafte Nation behandelten, trieben mehr denn je zum Nationalsozialismus in Deutschland.

### Zugung des Völkerbundesrates eröffnet.

Lebhafte Zusammenkünfte.

Genf, 26. Januar.

Die Zugung des Völkerbundesrates wurde am Montag unter dem Vorsitz Paul Boncour's mit einer geheimen Sitzung eröffnet. Sie begann mit einem Bericht des chinesischen Vertreters Yen, der verlangte, daß im Hinblick auf die Besetzung Schanghais durch japanische Truppen der Völkerbundrat unverzüglich das Verfahren über den japanisch-chinesischen Streitfall von neuem eröffne. Der japanische Vertreter erklärte, noch nicht in der Lage zu sein, zu den einzelnen Punkten der chinesischen Beschwerde Stellung nehmen zu können. Der Völkerbundrat beschloß — entgegen den bereits getroffenen Anordnungen — am Nachmittag eine Sitzung ausschließlich zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes einzuberufen.

Der polnische Außenminister Jastefi beantragte sodann, die auf Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende Agrarbeschwerte der deutschen Minderheit in Polen auf die Mängelung des Rates zu verschieben. Der deutsche Vertreter von Weizsäcker widerlegte sich dem mit allen Nachdruck.

Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Vorkämpfer Sato, mit den beteiligten Abordnungen persönlich Fühlung über die Beschwerte aufnehmen sollte.

In einer streng geheimen Sitzung hat der Völkerbundrat sodann von dem Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an die amtierenden Staatspräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seinen Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt. Das Schreiben ist sodann Gegenstand eingehender Beratungen des Völkerbundesrates geworden.

Eine Saar-Abordnung unter Führung des Kommerzienrates Köhling ist eingetroffen, um mit den Mitgliedern des Völkerbundesrates über die auf der gegenwärtigen Zugung zu treffende Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Saarregierung zu verhandeln. Es wird erwartet, daß zum Präsidenten der Saarregierung ein Engländer ernannt wird.

### Die Sicherheitsfrage in Genf.

Beginn der französischen Offensive.

Genf, 27. Januar.

Schon in den ersten vertraulichen Fühlungen zwischen den einzelnen Abordnungen über den Arbeitsplan der Vorkonferenz haben sich große Gegenstände politischer Charakter gezeigt. In französischen Kreisen will man den politischen Ausschuss der Konferenz oder einen Sonderausschuss beantragen, alle bisherigen Vorschläge zur Sicherheitsfrage zu prüfen und möglichst auf der Grundlage des geheimechten Genfer Protokolls von 1924 ein neues allgemeines Sicherheitsprogramm auszuarbeiten, dessen Annahme Sicherheitsverträge als Voraussetzung jeder Herabsetzung der Waffentätigkeit werden wird.

Die Hauptsprache der Konferenz soll nach französischen Plänen bis nach den deutschen und französischen Parlamentswahlen ausgesetzt werden.

Man rechnet für Ende März oder einer einmonatigen Unterbrechung der Konferenz. Nach der Pause sollen sodann die Arbeiten der drei großen Ausschüsse für die Land-, See- und Luftkräften beginnen. Diese französischen Pläne werden auf deutscher, englischer und italienischer Seite abgelehnt.

## JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchart

52. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Am Eingang des Empfangssaales stand die Gräfin in ihrer ganzen imponierenden Vornehmheit und stolzen Würde und empfing ihre Gäste immer wieder mit den wenigen und doch viellagenden, von bebauerlicher Miene begleiteten Worten, daß sie anstelle des Majorsbarn, der ja aus bekannten Gründen dem Feld nicht betwöhnt könne, steh. Man brüde ihr darauf teilnehmend mit verständnisvollen Blick die Sand, ohne näher davon herab zu werden. Man mußte ja längst, welches Los den jungen Majorsbarn getroffen hatte.

Nur Melitta Lantuschka, die an der Eltern Seite eintrat, um die Gattin zu begrüßen, konnte kaum ein lächelndes Lächeln unterdrücken, als sie die Gräfin die gewohnte Worte hören hörte. Um es zu verbergen, beugte sie sich über die Gräfin Sand und küßte sie. Als sie aufstand, war sie wieder ernst und ließ sich nicht von dem hellroten roten Seiten, dem Leutnant Horst von Eimar fortziehen und den Hof machen.

Aber ihre Augen gingen unruhig durch den Saal nach der Tür, als erwartete sie dort jeden Augenblick jemand einzutreten zu sehen, jemand, bei dem seit einem Tage alle ihre Gedanken und Sinne weilt: bei Graf Konrad.

Waren nicht schon längst in ihrer Familie Gerüchte aufgetaucht, daß es mit der Gattungsanerkennung des Majorsbarn von Eimar eine eigene Bemerkung habe? — Sollte ihr Vater nicht längst noch zeuher, daß alles barem Uninn und kein Fittchen an der Gattin wahr wäre? — Und sie selbst hätte die Aussage bestritten gefunden, als sie dem Grafen Konrad damals im Walde begegnete, und sie hatte danach zu Hause ihrer Empörung über die Belumdung Luft gemacht. Aber der Vater hatte sie beschwichtigt: „Aber solche Dinge spricht man nicht Kind, du bist klug und wirst schon wissen, warum.“

### Pariser Besprechungen.

Der entliche Vorkämpfer bei Caval und Flandin. — Negatives Ergebnis.

Paris, 26. Januar.

Am Montag fand im Außenministerium eine französisch-englische Besprechung statt, an der der Ministerpräsident und Außenminister Caval, Finanzminister Flandin, der englische Vorkämpfer Lord Lorell und der Erste Vorkämpfersekretär teilnahmen. Die Unterredung, die fast zwei Stunden dauerte, galt in erster Linie dem Vertrag, eine gemeinsame Haltung in der Tribut- und Schuldentragung vorzubereiten. Obwohl eine amtliche Beauftragung nicht ausgegeben wurde, glaubt man in unterrichteten Kreisen zu wissen, daß eine bedeutende Annäherung (?) in den wesentlichsten Punkten erzielt worden ist. Der englische Vorkämpfer hat seiner Regierung sofort Bericht erteilt. Es soll übrigens die Möglichkeit erwogen worden sein, die Casanover Konferenz im Februar oder Juni abzusätzen.

Mit der angenehmen Annäherung, von der in der Pariser Meldung die Rede ist, scheint es nicht weit her zu sein. In diplomatischen Kreisen Londons werden die Pariser Tributverhandlungen durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entscheidung über das Zusammenreffen Caval-Macdonald fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der anscheinend negativ verlaufenen Unterredung zwischen Caval und dem englischen Vorkämpfer in Paris.

### Phantastische Tributzziffern.

Die Rechnung des Grafen D'Ormejon.

Paris, 27. Januar.

Graf Vladimir D'Ormejon, der angebliche „Deutschenfreund“, veröffentlicht im „Lemps“ einen umfangreichen Artikel, in dem er u. a. erklärt, daß zehn französische Provinzen während des Weltkrieges als Schatzfeld gedient hätten und vollkommen verwüstet aus dem Vorkriegszustand hervorgegangen seien.

Diese Verwüstungen seien abzüglich geblieben. Noch am Vorabend des Waffenstillstandes habe der gemeinsame Feind nur aus Verrechnungszeit sein Vernichtungswert fortgesetzt.

Dörfer, Gruben, Schmelzer, Industriebetriebe und Städte, wie etwa Cambrai, die gänzlich unterteilt aus den Kämpfen hervorgegangen seien, hätten die Deutschen systematisch in Brand gesteckt. Ohne die 125 Milliarden Franken in Rechnung zu stellen, die der Frankreich aufgezogene Krieg gekostet habe, und ohne die 115 Milliarden zu berücksichtigen, die Frankreich bisher an Pensionen und Hinterbliebenenunterstützungen gezahlt habe, habe Frankreich ein Anrecht auf Wiedergutmachung der erlittenen Schäden, die sich auf 250 Milliarden Franken belaufen, wenn man Zinsen und Zinseszinsen berücksichtigt, und auf 175 Milliarden Franken, wenn man nur das investierte Kapital rechne.

Es ist zu beachten, daß die völlig unklaren Schätzungen des „Verständigungsstrebenden“ D'Ormejon wohl die französischen amtlichen Zahlen noch bei weitem übersteigen.

Nach amtlichen Aufstellungen, so führt der Verfasser fort, und denjenigen des Reparations-Ausschusses habe Frankreich insgesamt 63 Milliarden Franken erhalten. In dieser Summe sei jedoch nicht einmal ein Unterstück zwischen den Zahlungen gemacht worden, die auf Konto Reparationen und denjenigen, die für die Unterhaltung der Besatzungsarmeen verbucht werden müssen.

### Paris bleibt hartnäckig.

Der Gegensatz zu Frankreich.

London, 27. Januar.

Auf englischer Seite besteht man darauf, daß die Tributkonferenz im Mai oder Juni zusammenzutreten müsse, und daß wenigstens eine Sitzung auf eine Reihe von Jahren nötig sei. Ferner halten es die Engländer für nötig, ein auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen ausgebreitetes Moratorium zu bewilligen.

Auf französischer Seite seien dagegen weder Caval noch Flandin gewillt, auf eine Sitzung einzugehen, die praktisch die Tributzahlungen ohne Rücksicht auf die Zahlung Americas in der Schuldentragung beseitige. Frankreich könne in seinen Zugeständnissen über eine einjährige Verlängerung des Hoover-Vertrages sowie über die darin enthaltenen

Beziehungen und Vorbehalte nicht hinausgehen.

Schließlich ließe die französische Politik auf dem Standpunkt, daß eine im Mai oder Juni zusammenzutretende Tributkonferenz seine über ein oder zwei Jahre hinausreichenden Beschlüsse fassen dürfe.

### Englands Zahlungsfähigkeit.

Die Bank von England hat die Ansicht, den gesamten Reibtrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französisch-amerikanischen Rediskonkredits in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling (etwa 600 Millionen RM) zum Fälligkeitstermin am 1. Februar zurückzuführen. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Inanspruchnahme der Goldreserven der Bank möglich sein.

### Anschlag auf das Stillhalteabkommen.

Frankreich verlängert nicht den Reichsbankkredit.

Paris, 26. Januar.

Der Ausschicht der Bank von Frankreich tritt am Donnerstag zusammen, um ein dringliche Beschlüsse über die Frage der Verlängerung des französischen Anteils an dem 100-Millionen-Dollar-Kredit für die Reichsbank zu fassen. Einige Blätter spielen mit der Drohung, daß die Bank von Frankreich ihren Kreditanteil nicht verlängern werde, wodurch das Stillhalteabkommen hinfällig werden würde.

### Was geht in Memel vor?

Der Völkerbund soll angegangen werden.

Memel, 27. Januar.

In Memeler politischen Kreisen verläßt sich der Eindruck, daß der von litauischer Seite angebotene Umsturz unmittelbar bevorsteht.

Allen Anschein nach wollen die Litauer nur noch den Abstieg der Genfer Konferenz abwarten, um dann den gemeinsamen Sturm der Landesregierung und die angebotene Vertreibung der Deutschen in die Tat umzusetzen, was sicher nicht ohne Blutvergießen vor sich gehen wird.

Da die Memeler Landesregierung mit den schwachen memeländischen Polizeikräften nicht in der Lage ist, einen ernsthaften litauischen Angriff abzuwehren, so halten es die führenden Kreise des Memelgebietes für unumgänglich, daß sich der Völkerbundrat sofort mit den Vorkäufen in Memelgebiet befaßt.

### Der Landbund gegen Notverordnung.

Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Notverordnung über Düngemittel und Saatgutkredite Bedenken geltend gemacht werden. Die Reichsregierung werde ihr Ziel, die kommende Ernte zu sichern, nur erreichen, wenn die Landwirtschaft bestimmte Preisobergrenzen für ihre Erzeugnisse erhalte. Es werde eine Erweiterung der Bürgschaft dergestalt erwartet, daß die Abnahme einer dem Düngemittel entsprechenden Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu angemessenen, den Erzeugungsstellen entsprechenden Preisen garantiert werde.

### Wichtiges politisches Ereignis.

Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag paraphriert.

Moskau, 27. Januar.

Im Konferenzsaal des Außenministeriums der Sowjetunion wurde am Montag der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag durch Außenminister Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Patel paraphriert.

Die Parapherierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über einen Nichtangriffspakt reichen bis in das Jahr 1925 zurück. Damals schlug der damalige Außenminister Litwinow dem polnischen Außenminister Litwinow vor, die polnische Regierung machte jedoch die Annahme dieses Vortrages davon abhängig, daß der Vertrag gleichzeitig mit allen Staaten unter polnischer Führung abgeschlossen werden sollte, eine Bedingung, auf die Rußland nicht einging. Außerdem verlangte Polen keinerlei eine Garantie seiner Westgrenze. Die Verhandlungen haben dann gerührt und erst im August 1931 wiederaufgenommen worden, nachdem in Paris ein russisch-französischer Nichtangriffsvertrag zustande gekommen war. Das Inkrafttreten dieses Vertrages war jedoch von der Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes abhängig gemacht. Da der

Nur heute machte meine Mutter eine Ausnahme, da ich meine Schwestern an dem Gartenfest beteiligen dürfen.“ „Sm“, machte Melitta nachdenklich. „Wichtig wandle sie sich lebhaft an ihn: „Graf Vimar — bitte, helfen Sie mir die Dame vor — jetzt, logisch, wenn ich bitten darf.“ „Gnädigste Komtesse —“ sagte Horst ersonnen. „So sehr es ihn auch verlangte, in Altes Nähe zu kommen, so peinlich war es ihm, gerade Melitta zu ihr führen zu sollen.“

Sein verdeckter Einwurf zauberte ein helles Rot des Unmuts auf Melittas Wangen. Er sah es, und darum zögerte er nicht länger.

„Wenn Gnädigste befehlen, dann bitte.“ „Er bot ihr den Arm, und so schritten sie auf alle zu. Diese, die eben mit Horst gesprochen hatte, bemerkte das Paar erst, als es dicht vor ihr stand.“

„Frau von Vimar — bitte, Komtesse Lantuschka wünscht Ihre Bekanntschaft zu machen.“

„Sehr erötend hob sie den Blick und verbeugte sich mit natürlicher, holzer Anmut vor der Komtesse, aber Melitta erglühete tief rot.“

„Frau von Vimar, kommen Sie, unterhalten wir uns eine Weile.“

„Sie zog sie fort und rief nur noch über die Schulter zu Horst zurück: „Für einen Augenblick, Graf Vimar!“

Dieser biß sich unmutig auf die Lippen und sah den beiden Damen nach. Da stand plötzlich die Mutter neben ihm.

„Horst, laß, was soll das bedeuten? Was fällt dir ein, Melitta, was soll Frau von Vimar Bekanntschaft zu machen?“

„Frage sie mit höchst verhehlter Geringschätzung.“

„Sei ruhig, Mama“, antwortete Horst leise, „mein Wunsch war es sicherlich nicht, sondern wieder ein toller Einfall Melittas. Du weißt, ich darf es mir nicht verberden — ich zog mir schon ihren Unmut zu, als ich nur zögerte, ihrem Willen, sie zu der Gouvernante zu führen, nachzugeben.“

„Gnädigste, was ist das für ein Extrapolitane?“

polnisch-russische Vertrag wieder erst in Kraft treten soll, wenn die Verträge mit den anderen europäischen Nachbarn Russlands, vor allem also mit Rumänien, unterzeichnet sind, wird es vielleicht noch eine Weile dauern, bis der Vertrag in Kraft tritt. Immerhin ist der polnisch-russische Nichtangriffsvertrag für die kommende Abrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung, da Polen jetzt nicht mehr behaupten kann, daß es durch die Drohung seines russischen Nachbarn zu besonderem Abrüstungsstand gezwungen wäre.

### Direfen bei Litwinow.

Vor seiner Abreise nach Genf hat Außenminister Litwinow den deutschen Botschafter von Direfen empfangen. In der längeren Unterredung wurden die politischen Tagesfragen und die Paraphierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages berührt. Ferner wurde über die kommenden Aufgaben der russischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz gesprochen.

### Japanische Forderungen an China.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen?

Manting, 26. Januar.

Der japanische Generalkonsul hat dem chinesischen Außenminister die Bedingungen der japanischen Regierung zur Beilegung des Schanghai Streifens überreicht. In der Forderung ist die sofortige Auflösung aller japanischen Konsulate, die Aufhebung des Postzolls japanischer Waren und eine öffentliche Zurücknahme der Angriffe gegen den japanischen Kaiser in der Presse. Der Außenminister erklärte, daß die Forderungen in einer Sonderkommission des Kabinetts zur Beratung kommen würden.

In Besprechungen mit politischen Führern, darunter auch mit Tschiangkaifschang, forderte der Außenminister erneut den Abbruch der Beziehungen zu Japan. Seine Forderung fand weitgehende Unterstützung. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen worden.

### Zuspitzung der Lage in Schanghai.

Das japanische Sondergeschwader ist in Schanghai eingetroffen, so daß sich dort nunmehr elf japanische Kriegsschiffe befinden. 1000 Seesoldaten sind mit Feldgeschützen, Maschinengewehren und großen Munitionsvorräten gelandet und in der internationalen Wohnstadt einquartiert worden.

### Die Lage ist äußerst gespannt.

In der Chinesenstadt sind sämtliche Truppen zusammengezogen worden.

### Durch Munitionsexplosion 40 Tote.

Aus unbekannter Ursache explodierten zwei chinesische mit Munition beladene Dampfschiffe, die nach dem chinesischen Wasserarmeen unterwegs waren. Die Explosion kostete 40 Mann wertlos. Die gesunkenen Besatzungen sind in der internationalen Wohnstadt einquartiert worden.

### Ueberragung des Generals Ma zu den Japanern?

Amfisch wird aus Tokio gemeldet, daß Kavallerie- und Infanterieabteilungen des Generals Ma in Stärke von 15 000 Mann in Peking in einer Einverständlichkeit mit dem Führer der japanischen Armee, Suifu, einmarchierten.

Suifu stellte jedoch die Bedingung, daß sich die Truppen Ma der Kontrolle des japanischen Oberkommandos zu unterwerfen haben. Nach einer weiteren Mitteilung erluchte General Ma den Führer der japanischen Armee um eine Zusammenkunft, die für Anfang Februar vorgesehien ist.

### Regierungsstrife in China.

Auch der chinesische Ministerpräsident zurückgetreten.

Schanghai, 26. Januar.

Die amtliche chinesische Telegraphenagentur „Gompa“ teilt den Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten Sunfo mit. Sunfo weilt zur Zeit in Schanghai, wo er mit dem Vollzugsausschuß der Kuomintang über die Umwidmung der chinesischen Regierung verhandelt.

Nach dem Rücktritt Sunfos wird nunmehr die Frage der Ernennung Tschiangkaifschangs zum Ministerpräsidenten akut.

Der Bürgermeister des chinesischen Viertels von Schanghai wurde am Montag vom japanischen Vizekonsul in Schanghai, Admiral Schirokawa empfangen. Der Bürgermeister drückte dem Admiral die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, die von Japan geforderte Auflösung der japanisch-chinesischen Verbände durchzuführen. Admiral Schirokawa teilte dem Bürgermeister mit, daß Japan unbedingt darauf bestünde, seine Forderungen in den nächsten Tagen erfüllt zu sehen. Eine weitere Befristung des japanischen Ultimatus komme nicht in Frage.

### Scharfer Zusammenstoß in Genf.

Chinesisch-japanischer Redekampf im Rat.

Genf, 26. Januar.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundesrates, in der der japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Vertretern beider Länder. Der chinesische Gesandte Sun fo verteidigte seine Erklärung, in der u. a. festgestellt wird, daß japanische Truppen nach einem wucherdurchdrungen und brutal ausgeführten Plan die gesamte Mandchurei besetzt hätten. Japan habe das vom Völkerbund gegebene Versprechen, seine Truppen so schnell wie möglich zurückzuziehen, nicht gehalten. Der Völkerbund dürfe sich nicht mehr auf Vergleichsversuche beschränken.

Der japanische Botschafter Sat o leugnete die Besetzung der gesamten Mandchurei durch japanische Truppen. Das japanische Volk sei einmütig entschlossen, seine Rechte, von denen das Völkerverbande abhängen, zu wahren. Japan sei im Interesse der eigenen Sicherheit gezwungen gewesen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es werde weiterhin den Grundbesitz der offenen Tür und der Gleichberechtigung der Völker anwenden. Vor der Prüfung neuer Maßnahmen müsse das Ergebnis des Untersuchungsausschusses abgewartet werden.

Die Aussprache endete nach langem Hin und Her mit der Vertagung der Beratungen auf Dienstag. In den geheimen Verhandlungen des Völkerbundesrates ist, wie verlautet, dem chinesischen Regierungsvertreter mitgeteilt worden, daß im Völkerbund keinerlei Mehrheit für das Ergreifen anderer Mittel, insbesondere von Sanktionsmaßnahmen (Artikel 15 und 16) gegen Japan vorhanden sei. Der Konflikt müsse weiter auf der gegenwärtigen Grundlage behandelt werden.

### Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 27. Januar 1931

### Frische Luft!

Für die Erhaltung unserer Gesundheit ist der Aufenthalt in frischer Luft von größter Bedeutung. Und doch wird, besonders im Winter, von diesem „Heilmittel der Natur“ keineswegs immer genügend Gebrauch gemacht. So sind z. B. viele Menschen durch ihren Beruf für den größten Teil des Tages aus dem Zimmer gefesselt. Schon nach wenigen Stunden macht sich bei manchen ein fiesliches Unbehagen bemerkbar. Ein Fenster zu öffnen, wagt man nicht, aus Angst vor Zugluft, aus Angst vor zu starker Abkühlung des Arbeitsraumes. Diese Sorge ist zwar nicht ganz unberechtigt. Aber darum sollte man doch nicht darauf verzichten, alle paar Stunden den Raum zu verlassen und für wenige Minuten, am besten unter Herstellung von Zugluft und gleichzeitigen Öffnen der Türen, frischer Luft Zutritt zu gestatten. Noch schlimmer steht es vielfach in Wohnräumen, die heutzutage der Not gehörend einer größeren Anzahl von Menschen als Aufenthaltsort dienen. Die Hausfrau vergißt oft, daß reine frische Luft sich reich erwärmt. Deshalb soll morgens zuerst der Ofen angemacht und dann für fünf bis zehn Minuten das Fenster geöffnet und für Zugluft gelogert werden. Natürlich darf sich während dieser Zeit niemand im Zimmer aufhalten. In gleicher Weise soll mindestens noch einmal am Nachmittag eine Lüftung der Zimmer vorgenommen werden. Ganz besondere Aufmerksamkeit in diesem Sinne verdient der Schlafraum, in dem wir ja den größten Teil unseres Lebens verbringen. Die Luft im Schlafraum wird durch die menschlichen Ausdünstungen und durch die während des Schlafens in vermehrtem Maße abgegebene Kohlendioxid schnell verunreinigt. Sie behält deshalb ganz besonders die Genuerzeugung. Ein gelinder Menschen im Schlafzimmer hat bei offener Fenster schließen oder mindestens im Nebenraum ein Fenster offenhalten. Vielfach genügt es auch, besonders wo das Fenster in seinem oberen Teile geöffnet werden kann, diesen durch Zwischenlegen eines Stüchchens Holz oder Kork offenzulassen.

— Wie loß frankiert werden? Die Reichspost teilt mit: „Die neuen Frankaturen zu 6 und 12 Pfennig werden vorläufiglich erst in der ersten Hälfte des Monats Februar erscheinen und zum Verkauf gestellt werden können. Bis dahin müssen die Fernbriefe 12 Pfennig — und die Fernpostkarten ohne Wertstempel — 6 Pfennig — mit den vorhandenen Marken zu 3, 4 und 8 Pfennig freigemacht werden. Um die Abstempelung zu beschleunigen und die unergiebige Abwendung der Briefe zu verhindern, bietet die Reichspost, bis zur Ausgabe der neuen Frankaturen die Sendungen mit einer möglichst geringen Zahl der vorhandenen Marken freizumachen und diese am oberen Rand der Briefe und Postkarten von rechts nach links — nicht an der Seite von oben nach unten — aufzukleben, damit die Sendungen durch die Stempelmaschinen gehen können. Da vielfache Fehlfremadungen beobachtet werden, wird darauf hingewiesen, daß die Gebühren für Ortsbriefe und für Druckausgaben allgemein nicht ermäßigt worden sind (Ortsbriefe bis 20 Centen 8 Pfennig, Ortspostkarten 5 Pfennig, einfache Druckausgaben unter 10 Pfennig.“

Ein Schadenfeuer hätte gestern abend gegen 1/2 2 Uhr leicht auf dem Franz-Jederschen Grundstücken in der Gartenstraße mitlöchen können. Durch die Aufmerksamkeit der Nachbarn konnte der Brand im Entstehen gestoppt werden.

Miniatur-Künstler aus Leipzig. Die Welt der reisenden und durch ihre guten Leistungen berühmten Original-Miniaturisten kommen unter der bewährten Leitung Dr. Scheuer-Stellings am Freitag, den 29. Januar, im Hotel Blauer Stern, um ihr diesjähriges Gastspiel zu absolvieren. Die Gesellschaft hat bereits in dem vorigen Jahre die größten Theater Deutschlands bereist und wird auf ihrer Durchreise auch hier dem Publikum zeigen, daß die kleinen Künstler aus dem Lande Leipzig im künstlerischen, sowie im künstlerischen aber auch im artistischen Fach auf der Höhe sind. Die Leistungen der kleinen Künstler sind wirklich wiederbeherend und wird ein guter Besuch dieser Vorstellungen bevorzugen. Die Gesellschaft gastierte bereits in den größten Theatern Deutschlands und überall, wo sie ihre Kunst zeigen, war man begeistert von dem guten Spiel. Nachmittags veranstaltet die kleinen Gäste für die Jugend eine wunderbare Märchenvorstellung, wogegen sich die Erwachsenen des Abends einige Stunden an dem schulpfängerischen und artistischen sowie musikalischen Können der kleinsten Menschen aus Leipzig ergötzen können. Die Eintrittskarten, die man sich schon jetzt besorgen sollte, sind freierfrei in der Buchhandlung von Arnold zu haben. Eltern! Bereitet Euren Kindern eine wertvolle Freude und schickt Eure Kinder in die deutsche Märchenvorstellung.

Gräfenhainden. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung auf Antrag der Stv. Sieghart und Becker mit 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen von einer Wiederwahl des jetzigen Bürgermeisters abzusehen, dessen Amtszeit am 30. November abläuft. Sie beschlossen weiter, die Stelle neu auszuschreiben und die Eingruppierung nach Gruppe 3c der Preussischen Verordnungsordnung ohne Zusatz. Ein Antrag von 3 Stadterordneten, das Stadterordnetenkollegium aufzulösen, das es nicht mehr dem Willen der Einwohner entspricht, und dann erst die Bürgermeisterei vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Präfektur, 26. Jan. (Gutrumen). Heute mittags gegen 12 Uhr brachen drei Kinder, als sie die dünne Eisdecke der alten See hinter der Kirche betreten wollten, ein. Dem Inspektor des Notarztes, der auf die Hilferufe herbeigekam, gelang es, zwei Kinder herauszuholen, während das dritte, der jährige Sohn des Landwirts Oswald Graf, unter der Eisdicke verstickt war. Als er nach längerer Zeit geborgen wurde, waren die von Dr. Ottmanns-Düben angefertigten Wiederbelebungsversuche erfolglos. Der Unfall ist um so bedauerlicher, als der Gestrümpfen das einzige Kind seiner Eltern war.

Langemannsdorf, 23. Januar. Ein trübes Licht auf die Altersverlorenung wirft die Anstellung eines 83jährigen Mannes als Nachtraktors seitens unserer Gemeinde. Der Mann lebte früher in auskömmlichen Verhältnissen; die Not der Zeit hat auch hier eine so große Veränderung gebracht, daß er in seinen alten Tagen noch einen Erwerb nachgehen muß. Er verheiratet seit Mitte von Dezember v. J. zur allgemeinen Zufriedenheit — Der Fall erinnert an die schlechten Zeiten in und nach dem Kriege. Damals gieng

unser ehem. Pastor Pegold längere Zeit als Arbeiter in die Kohlengrube.

### Der Stiffkrieg gegen die Fischzuchtlinge.

Eine neue Polsterverordnung.

Eine Polsterverordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten regelt das Auslegen von Stiff in Feld und Flur außerhalb von Gebäuden oder sonstigen besiedelten Beständen. Hierunter ist jedes Baumwerk zu verstehen, das nach Art seiner Anlage geeignet ist, durch seine räumliche Umfriederung Personen, Tieren oder Sachen Schutz gegen äußere Einflüsse zu gewähren. Auch Wohnhäuser und Jagdstätten sind hiernach als Gebäude anzusehen. Schiffe fallen nicht unter die obengenannte Verordnung.

Besichtig des Vergiftens von Mäusen und Ratten in vorbelebten es im allgemeinen bei den bisher üblichen Vergiftungsarten. Außerdem in der Verwendung zugelassenen Auslegen von Giftgetreide kommen bei der Mäusebeseitigung außerhalb von Gebäuden und sonstigen besiedelten Beständen nach dem Auslegen von Batterierpräparaten, insbesondere von Mäusepflanzkapseln, und das Vergiften der Mäusekäse in Betracht. Das Vergiften fällt nicht unter die Verordnung.

Besichtig des Auslegens von Batterierpräparaten gelten die Bestimmungen der Verordnungsmaßregeln zur Verhütung von Gesundheitsbeschädigungen durch bakterielle Mäuse- und Rattenvergiftungsmittel, die füglich in neuer Fassung veröffentlicht sind. Falltungsverordnungen und deren Auslegungen (Zusammen) rechnen zu den Stiffen im Sinne der obengenannten Verordnung.

Bei dem Auslegen von Stiffen gegen Krähen ist besonders die Vorschrift des § 11 Abs. 2 zu beachten. Wo zum Schutze der Kolonnen das Auslegen von Stiff gegen Krähen verboten ist, verbleibt es bei dieser Bestimmung. Bei der Bekämpfung wilder Hunde und Katzen ist das Auslegen von Stiff an eine besondere Genehmigung gebunden.

Erntewerba. Auf einer Tagung der landwirtschaftlichen Kreisvereine in Bad Liebenwerda wurden lebhaft Klagen wegen des Zurückbleibens der Schwarzen Ernte geführt. Die umfangreichen Meliorationsarbeiten und Bodenverbesserungen liegen bereits, wenn nicht die Ernte und die Arbeiten im letzten Jahr überhaupt nicht mehr gefördert worden. Der Vorbesitzer der Erntegüter, Landrat Hübner, hat in dieser Richtung die Arbeiten der Genossenschaft dadurch zum Stillstand gekommen, daß der im Interesse ausgelegte Genossenschaft für die Grundverbesserungsarbeiten nicht die Genehmigung des zuständigen preussischen Landwirtschaftsministeriums gefunden habe. Es sei damit zu rechnen, daß die neuen Haupten bis zum Frühjahr fertiggestellt und genehmigt sein werden, so daß dann die Fortführung der Arbeiten von Herzberg am möglich ist.

### Aber 20 Kriegervereinsmitglieder durch Kohlengas vergiftet.

Schleifau b. Halle. Der Schleifauer Kriegerverein hielt am Sonntag sein Stiftungsfest ab, das jedoch einen unerwarteten Abschluß finden sollte. Während der Feier, zu der etwa 300 Personen erschienen waren, hatten sich bei fast allen Teilnehmern die Symptome eines Kohlenoxydvergiftens entwickelt, das bis auf den im Saale herrschenden starken Zigarettenrauch zurückzuführen sei.

Als jedoch ein junger Teilnehmer nach Belieben des Saales verabschiedet zusammenbrach und kurz darauf etwa weitere 20 Personen ohnmächtig wurden, bemächtigte sich der Panik das große Ansehn. Mit dem Rufe „Alles tot!“ wurden die Fenster aufgeschrien und die Veranstaltung auf einem Ofen, der seit 25 Jahren nicht mehr geheizt worden war, Kohlenoxydgas in den Saal geströmt.

### Großer Polizeiarrest.

Leipzig. Einbrecher haben aus einem Personenscheinbüchselein am Brühl neun Reichsmark, Silber- und Goldstücke sowie Markerscheine im Gesamtwert von etwa 22 000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

### Ein Millionen-Opfer.

Gleimitz. Die Strumpffirma Kurt Waldke, die Fabrikanten in Gleimitz, Müllberg und St. Egidien betreibt, ist durch den englischen Schuldzins und die englischen Zollmaßnahmen mit einer Million Reichsmark in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Firma treibt einen außergerichtlichen Vergleich an.

### Die erschwindelte Kriegsgeschichtsbüchereise.

Leipzig. Der ehemalige Bürgermeister und Landwirt Ernst August Christoph aus Rudorf bei Königswart, der wegen eines Diebstahls im Jahre 1891 aus der Armee entlassen worden war, stellte 1913 pflichtig Anspruch auf eine Rente mit der Behauptung, er habe während seiner Militärzeit das Bein verloren. 1915 wurde er zum Train eingezogen, zog es aber vor, sich bei seiner Entlassung im Jahre 1916 wegen aller möglichen Krankheiten in Lazaretten aufzuhalten. Durch raffiniertes Simulieren kam er schließlich zu einer monatlichen Entschädigung von 200 Mark und einer hohen Zusatzrente (1) Christoph wurde aber von einem Kriminalbeamten unaufrichtig beobachtet, so daß der Schwindel schließlich an den Tag kam. Das Gericht verurteilte ihn jetzt wegen Erlangung eines unredlichen Vermögensvorschlusses und Betrugs zu acht Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe sowie drei Jahren Ehrenverlust.

### Der Einbrecher als Schlangeneisler.

Amenau. Ein dreifacher Einbruch wurde in der Nacht zum Montag in ein Lebensmittellager verübt. Nach einem vergeblichen Versuch, die Hauswand zu durchbohren, hatte sich ein offenbar äußerst schmächtiger Mensch zwischen den Eisentüren eines Fensterbretters hindurchgedrückt. Er stahl größere Mengen Zigaretten und nahm auch Wechselgeld mit.

### Mit 70 Kilometer in den Tod.

Amenau. Der Motorradfahrer G. u. n. h. a. l. aus der Kunder-Wilke bei Dömitz fuhr am Sonntag mittags mit 70 Stundenkilometer Geschwindigkeit gegen ein entgegenkommendes Amenauer Personenauto. Der Anprall war sehr heftig. Der Motorradfahrer wurde so schwer verletzt, daß er nach vor Eintreffen eines Arztes starb.

### Vereitelte Mordanschläge?

Baunzen. In einem Dienzimmer im Baugener Justizgebäude wurde von einem Aufwärterpaar ein junger Mann bemerkt, der in Affen herumschwebte. Als er die Frau erblickte, ergrieff er die Flucht. Er sprang durchs Fenster in einen Vorgarten und entkam. Als der Tat verdächtig wurde später der 19 Jahre alte Arbeiter Felsch aus Baunzen festgenommen.

**Mutter und Kind in der Mühlenmühle.**

Sybra (M. J. Borna). In der Sybraer Mühle wurde die Kleidung des fünfjährigen Töchterchens des Wirtschaftsbefähigten Karl Tuschke von einer im Gang befindlichen Welle erfaßt. Die Mutter, die sofort hinzuströmte, um das unglückliche Kind zu befreien, erlitt das Schicksal. Ein am Mühlengrundstück vorübergehender Arbeiter konnte zu Hilfe und rettete den Dreijährigen. Das Kind hatte bereits zu schwere Verletzungen erlitten, daß es im Bornaer Krankenhaus starb. Die Mutter hat am ganzen Körper schwere Quetschungen davongetragen.

Blutige Eierfruchttragodie. Eine blutige Eierfruchttragodie ereignete sich in W e r l bei Soest. Auf dem Heimwege von einer Feldarbeit streckte der Gärtner Sodenkamp seinen Freund Ridert und ein Fräulein Wiejenhal durch zwei Revolverhülsen zu Boden. Sodenkamp richtete dann die Waffe gegen sich selbst und schoß sich in die Schäfte. Der Täter ist einige Stunden später seinen Verletzungen erlegen. Der schwerverletzte Ridert und Fräulein Wiejenhal wurden ins Krankenhaus geschafft.

Juwelendiebstahl. In die Londoner Wohnung des perfischen Generalkonsuls für Schottland, namens Schulz, brachen Diebe ein und raubten Juwelen im Werte von 10.000 Mark. Die Wohnung befindet sich über den Büroräumen des Leipziger Messieurs in London. Der Konsul behauptet, daß er und seine Frau vorher heimlich Schlafmittel erhalten hätten.

13 Personen mit Kattengift vergiftet. 13 Mexikaner haben in Fresno im Staate Kalifornien, ohne es zu wissen, Kattchen gefressen. Die Kattchen enthielten vier Kinder sind daraufhin an Choleraerkrankung gestorben. Man befürchtet, daß auch die erkrankten neun Erwachsenen nicht mit dem Leben davonkommen werden.

**Soll die Nahrungsmittelfuhr vergrößert werden?**

Die heutige Wirtschaftslage sollte jeden Deutschen im eigenen Interesse veranlassen, an der zur Beschränkung der Einfuhr notwendigen Steigerung der Inlandsproduktion nach Möglichkeit mitzuwirken, da jeder Einzelne letzten Endes doch diese Einfuhr durch erhöhte Abgaben usw. be-

zahlen muß. Die deutsche Landwirtschaft hat sich stets in anerkennender Weise bemüht, durch Erzeugung hoher Ernten sowie durch Erzielung von Qualitätsmarken eine Einfuhr an Lebensmitteln überflüssig zu machen und die Ernährung des Volkes aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle sicher zu stellen. Wenn dies in den letzten Jahren bis zu einem hohen Grade gelungen ist, so hat dazu in erster Linie die rationelle Düngung, besonders die gesteigerte Verwendung der billigen und wirtschaftlichsten Produktionsmittel des Landwirts, der deutschen Stickstoffdüngemittel, beigetragen. Bei der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft müssen natürlich alle Sparmöglichkeiten voll ausgenutzt werden. Das bedeutet aber nicht, daß die Stickstoffdüngung eingeschränkt werden oder gar überhaupt unterbleiben soll, sondern daß die Stickstoffdüngemittel ihren Eigenschaften und Wirkungen entsprechend zweckmäßigste Verwendung finden. Als sehr vielseitig hat sich in seiner Anwendung der Kalkstickstoff erwiesen, da dieser neben seiner vorzüglichen Düngewirkung eine große Anzahl von Nebenwirkungen aufweist, deren Ausnutzung zu wesentlichen Ersparnissen für den Landwirt führt. Bringt doch 3 Zentner Landwirt in 1/2 Zentner Kalkstickstoff kostenlos eine Kaltmenge in den Boden, die ca. 1 Zentner Branntkalk entspricht! Infolge des großen Widerstandes, den der Kalkstickstoff der Auswaschung entgegensetzt, kann er frühzeitig, d. h. in arbeitsfreier Zeit, in einem Wurf mit Kalk- und Phosphorsäuredüngemitteln ausgebracht werden, wodurch Arbeit erspart wird. Die durch eine einfache Kopfdüngung der möglichst abgetrockneten Winterweizen erreichbare Bekämpfung der lästigen Unkräuter, z. B. des Windhalmes und der Kornblume, bringt dem Landwirt besondere Ersparnisse, da sie die Kosten für Pflegemaßnahmen sowie die Ausgaben für Beschaffung und Ausbringung teurer Unkrautbekämpfungsmittel überflüssig macht.

Aus allen diesen Erwägungen wird der überlegende Landwirt von seinem billigen und wirtschaftlichsten Produktionsmittel den entsprechenden Gebrauch machen, da er

ja weiß, daß er bei verminderter Stickstoffanwendung große Enteringänge und damit beträchtliche Einnahmehausfälle zu erwarten hat, die zu einer Beeinträchtigung seiner Lage führen müssen.

**Warennmrft.**

Mittagsbrot (Stück) Getreide und Backwaren per 1000 Rito, samt per 100 Rito in Reichsmark ab Station: Weizen März. 232-234 (am 25. 1.; 230-232). Roggen März. 197-199 (196-198). Braugerste 158-168 (158 bis 168). Futter- und Substriergerste 159-158 (153-158). Winter Weizen. 139-147 (138-146). Weizenmehl 28-31,75 (28-31,75). Roggenmehl 27,25-29,50 (27,10-29,40). Weizenkleie 9,60-10 (9,60-10). Roggenkleie 9,60-10 (9,60-10). Vitoriaerbsen 21-27,50 (21-27,50). Kleine Sojabohnen 21-23,50 (21-23,50). Futtererbsen 15-17 (15-17). Bohnen 16-18 (16-18). Ackerbohnen 14-16 (14-16). Widen 16-19 (16-19). Subsin blaue 10-12 (10-12), gelbe 14,50-16 (14-15,50). Serradella neue 23-29 (23-29). Reinfäden 11,70-11,80 (11,70-11,80). Erdnüssen 50 Prozent ab Hamburg 12,50-12,60 (12,50 bis 12,60). Erdnüssenmehl ab Hamburg 12,20-12,80 (12,20-12,80). Trockenmais 6,60-6,70 (6,60-6,70). Sojabohnenmehl 10,60-11,90 (10,60-11,90). Kartoffelmehl 12,40-12,50 (12,40-12,50).

**Leipziger Schlachtviehmarkt vom 25. Januar.**

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

	Klasse heute	vorher	Klasse heute	vorher		
Ochsen	1	32-34	Kälber	1	38-41	45-48
	2	29-31		2	34-37	40-42
	3	26-28		4	30-33	35-39
	4	—		5	28-29	30-34
Bullen	1	28-32	Schafe	1	32-35	—
	2	26-27		2	26-28	—
	3	23-25		3	27-31	—
	4	22-21		4	—	—
Rühe	1	37-30	Schweine	1	40-41	42
	2	24-29		2	39-40	40-41
	3	20-23		3	37-38	38-39
	4	14-19		4	35-36	36-37
Färden	1	32-34	5	—	—	
	2	26-31	6	—	—	
			7	32-37	32-35	

**Zuckerrüben**  
und  
**Ferkel**  
verkauft **Scheibe, Pannigtau**

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch **MAGGI-Gutscheine!**  
Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutscheine  
Nr. 1 2x 1/2  
Nr. 2 3x 1/2  
Nr. 3 6x 1/2  
Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Feischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

**Zur Konfirmation**  
Kleiderstoffe in schwarz und farbig  
Prinzentröcke - Hemden  
Taschentücher  
Strümpfe - Handschuhe  
Konfirmanten-Anzüge  
Oberhemden, Einsahemden  
Kragen - Schleifen  
- - Kavaliersonken - -  
in reicher Auswahl zu billigen Preisen  
**\*\* Wilhelm Weydanz \*\***

Prima fertiges **Rindfleisch** und frische **Flecke** empfiehlt **Heinrich Schneider**  
**Mädchen** für Landwirtschaft nicht unter 18 Jahren sofort gesucht  
**Anape, Olobig**  
**Sonnabend, den 30. Januar**  
**Fastnachten** bei **Ernst Bachmann**  
**„Waldhaus Niemitz“**  
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr  
**Fremdschaftsspiel** Sportfreunde Bad Schmiedeberg gegen Sportclub Gommlo  
Nach dem Spiel gemüß. Beisammensein im Waldhaus Niemitz  
**Schrammelkapelle**

**Schützenhaus**  
**Sonntag abend halb 9 Uhr**  
Wieder ein Bomben-Programm!  
**14 Akte** . . . . . **14 Akte**  
**Tom Mix** in dem Wildwestfilm  
**Diamantendiebstahl?**  
Spannung über Spannung  
**Monty Banks** in dem tollen Lustspiel  
**Monty der Wüstling!**  
Lachstürme ohne Ende  
Nachmittags 3 Uhr **Kindervorstellung**  
**Tom Mix** - Eintritt 20 Pfg.

**Die Besitzer vom Stadtfeld**  
werden zu einer Generalversammlung am **Sonnabend**, den 30. Januar, abends 7 Uhr im Richterischen Lokal freundlichst eingeladen.  
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung, 2. Wege- und Sandgrubenverpachtung auf weitere 6 Jahre, 3. Verschiedenes.  
**Der Aufsichtsrat R. Strenich**

**Zum Plätten** von **Oberhemden, Kragen** usw. empfiehlt sich **Jergard Meier, Hübenerstr. 9**  
**Morgen Donnerstag** von nachmittags 1 Uhr an frische **Schaum- u. Fastenbretzel**  
**Bäckerei Mattheß**

**Donnerstag ab 1/2 Uhr** frische **Fasten- u. Schaum-Bretzel**  
**Ernst Berndt**  
**Morgen Donnerstag**, von 1/2 Uhr ab frische **Schaum-, Fasten-, Mohn- und Rimmel-Bretzel**  
**D. Hermann, Bäckerei**

**Sammeltassen** in reicher Auswahl bei **Kisch, Arnold**

**Bergamentpapier** empfiehlt **Richard Arnold**

**Volkswohl-Lotterie zu Gunsten der Winterhilfe**  
Loose 1 RM :: Doppellose 2 RM  
69122 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von RM 725.000  
Auf Wunsch 90 Prozent in bar.  
Erste Ziehung am 17. und 18. Februar  
Zweite Ziehung vom 9.-14. März  
Die Lose sind ohne Nachzahlung gültig für beide Ziehungen, sofern sie nicht in der ersten Ziehung mit Gewinn gezogen sind.  
Lose sind erhältlich bei  
**Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3**

**VEREIN DÜBENED HEIDE E.V.**  
Morgen Donnerstag, den 28. Januar, abends 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum  
**Generalversammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand**  
**Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V.**  
Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr im „Blauen Ped“  
**Generalversammlung**  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
**Der Vorstand**

**Geschäftseröffnung.**  
Einer geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich Burgstraße 36 ein Freizeitegeschäft eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, die mich besuchenden Kunden stets zuvorkommend und faulter zu bedienen.  
**Berner Mierhölze, Freiseur.**

**Die Vorstellungen der musikalischen und artistischen**  
**Miniatur-Schauspieler**  
finden nachmittags 4,30 Uhr und abends 8,30 Uhr am  
**Freitag, den 29. Januar im Blauen Hecht** statt  
Eintrittskarten noch vorrätig in der Buchhandlung Arnold, Markt.  
NB. Zu der Abendvorstellung haben Schulpflichtige keinen Zutritt

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Malteseres Anzeiger. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen um erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Anstaltsgebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für höhere Werbegeräte und deutlich geschriebener oder durch Schriftführer aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühren: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Donnerstag, den 28. Januar 1932

34. Jahrg.

## Kirchensteuern

fürs 2. Halbjahr vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932, sowie Rückstände vom 1. Halbjahr und Kirchgeld, sind vom **28. Januar bis 10. Februar d. S.** bei hiesiger Stadtkasse zu entrichten.

Der Gemeindefiskusrat.

## 16000 Kleinfiedlerstellen.

Von Reichskommissar Dr. Saahen.

Für die Durchführung der vorläufigen Kleinfiedlung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose hat die Reichsregierung zunächst für die Zeit vom 1. November 1931 bis 30. April 1932 einen Betrag von monatlich 8 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Nach den Richtlinien vom 10. November 1931 sollen diese Mittel zur Gewährung von Darlehen an die zum Träger des Verfahrens bestimmten Gemeinden und Gemeindeverbände dienen, deren Höchstbetrag für vorläufige Kleinfiedlungen auf je 2500 RM und bei Kleingärten auf je 100 RM festgelegt worden ist.

Auf Grund der in der Zwischenzeit geleisteten Vorarbeiten kann sofort mit Eintritt günstigen Baumeters mit der Errichtung von zunächst 16000 vorläufigen Kleinfiedlerstellen begonnen werden. Die Zahl wird sich noch erhöhen, sobald sich überlegen läßt, ob und inwiefern sich die zunächst für die einzelnen Stellen vorgesehenen Höchstbeträge von je 2500 RM durch Bereitstellung eigener Mittel der Träger oder Siedler vermindern lassen.

Von den vorgenannten 16000 Kleinfiedlerstellen entfallen auf die Großstädte über 500000 Einwohner und deren nähere Umgebung einstuftweise folgende Zahlen: Berlin 1930, Hamburg-Altona und Harburg-Wilhelmsburg 920, Köln 490, München 500, Leipzig 450, Dresden 456, Breslau 350, Frankfurt a. M. 350. Von dem Rest entfallen rund 2000 vorläufige Kleinfiedlerstellen auf den Rührungsverbund und die übrigen auf die bedeutenderen Anbauflächen unter 500000 Einwohner sowie auf die sonstigen großen Anbauflächen.

Auf Grund der inzwischen aufgestellten eingehenden Preisberechnungen und zum Teil sogar verbindlichen Preisangebote darf festgestellt werden, daß heute in ganz Deutschland der Bau und die Einrichtung einer Kleinfiedlerstelle einschließlich des Wertes der Selbst- und Nachbarnhilfe der Siedler für 3000 RM möglich ist. Das für diesen Preis erstellbare Siedlerhaus besteht aus einem Wohnraum von 12 bis 14 Quadratmetern, einem größeren Schlafraum von 9 bis 12 Quadratmetern sowie zwei weiteren kleineren Schlafräumen, einem Kleintierstall in der Größe von 5 bis 6 Quadratmetern, einem Kellerraum von mindestens 4 Quadratmetern sowie den notwendigen Räumen zur Abstellung von Geräten und zum Lagern von Futter und Materialien. In den Höchstbetrag von 3000 RM sind weiter einbezogen die Kosten der Einrichtung der Stelle; zu ihnen gehört die Ausstattung mit dem notwendigen Leinwand und roten Inventar einschließlich der Einrichtung des für die erste Grünsaison erforderlichen Düngers und Saatgutes sowie der anzupflanzenden Obstbäume. Endlich sind in den Preis von 3000 RM einbezogen die anteiligen Kosten für die Gefäße, Wasserversorgung und Entwässerung.

Die auf diese Weise erzwungene starke Senkung der Baukosten kommt in erster Linie den anzuhelfenden Erwerbslosen selbst zugute, denen mit Hilfe eines Reichsdarlehens von im Höchstfall 2500 RM ein zwar bescheidenes, aber trotzdem auch zur Unterbringung einer fünferleibigen Familie in jeder Weise ausreichendes Eigenheim geschaffen wird. Die Senkung der Baukosten dürfte aber indirekt auch dem freien Baumarkt zugute kommen.

Die öffentliche Maniehellung bietet mithin alle Voraussetzungen, zwei wesentliche an sie geknüpfte Hietungen zu erfüllen: Einmal die Herausarbeitung einfacher, aber den praktischen Bedürfnissen der Siedler entsprechender Typen für Siedlerheimstätten, und daneben die für die Fortführung des Siedlungswerkes dringend notwendige wesentliche Senkung der Baukosten.

Die Fortführung des Siedlungswerkes ist jedoch nicht nur eine Frage der Zahl, sondern auch eine Frage der Art. Ich habe bereits bei anderer Gelegenheit betont, daß die Strukturänderung der deutschen Wirtschaft es unmöglich macht, das Millionenheer unserer Erwerbslosen auf die alten Arbeitsplätze zurückzuführen, daß es aber aus finanziellen und ethischen Gründen ebenso unmöglich ist, eine derartig hohe Zahl von Erwerbslosen dauernd aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten und zum Nichtstun zu verurteilen. Das sich hieraus ergebende Problem der Rückführung eines Teiles unserer Stadtbewohner auf das Land kann selbstverständlich nur im Wege der landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Vollerwerbsfiedlung gelöst werden.

Wenn ich mich trotzdem nach wie vor für die Fortführung der vorläufigen Kleinfiedlung und der Kleinfiedlung einsetze, so mache ich hierin keinen Gegensatz zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vollerwerbsfiedlung, deren Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit ich in jeder

Weise anerkenne. Die vorläufige Kleinfiedlung darf und soll nicht an die Stelle der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vollerwerbsfiedlung, sondern neben dieser treten, um allen denen, die nothwendig oder selbst auf längere Dauer ganz oder teilweise arbeitslos sind, zunächst einmal eine Möglichkeit zu geben, ihre brotbringende Arbeitskraft wenigstens zur Errichtung einer Wohnung und zur Erzeugung eines Teiles der für ihre Familie erforderlichen Lebensmittel zu verwenden. Auf die Dauer gesehen, soll die vorläufige Kleinfiedlung und Kleingartenbeschaffung den Industriebeschäftigten helfen und vor den großen wirtschaftlichen und ethischen Gefahren schützen, die langandauernde Arbeitslosigkeit für jeden Menschen mit sich bringt.

Für die Zukunft sollen und müssen neben den Musterfiedlungen auch freie Siedlungsgebiete gefördert werden, die der Enttöschung der tatkraftigen Initiativen privater gemeinnütziger Siedlungsorganisationen oder einzelner Siedler verdrängen. Meine Bitte an alle interessierten Stellen geht dahin, die Fortführung und Fortentwicklung des Siedlungswerkes mit allen Mitteln zu fördern, damit die großen Hoffnungen erfüllt werden, die die weitesten Kreise des deutschen Volkes und vor allem die unmittelbar Beteiligten an das Gelingen des Werkes knüpfen.

## Reichshilfe für Landkreise.

Rund 582 000 Wohlfahrtsverwehloste.

Berlin, 27. Januar.

Der Vorstand des Preussischen Landkreistages beschäftigt sich erneut mit den steigenden Wohlfahrtslasten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Betreuung der Wohlfahrtsverwehlosten rein kommunalpolitisches, sondern in erster Linie ein staatspolitisches Problem sei. Reich und Staat müßten ausreichende Mittel dazu zur Verfügung stellen.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwehlosten in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden des Reiches habe am 31. Dezember 1931 rund 582 000 betragen, was gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Prozent bedeute. Das katastrophale Abfallen der Steuereinnahmen erhöhe die Schwierigkeiten in Ungemeinem.

Ferner wurde das Gutachten von Prof. Popitz über den Finanzausgleich eingehend besprochen.

## Strafrechtsausschuß des Reichstages.

Kraft gegen Aufhebung der Todesstrafe.

Berlin, 27. Januar.

Der Strafrechts-Ausschuß trat in die Beratung der Bestimmungen des Entwurfs über die Todesstrafe ein. Hierzu wies

der Ausschuß-Vorsitzende Dr. Dahl (DVP)

darauf hin, er habe im Oktober 1928 und im Mai 1930 beantragt, die Todesstrafe durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen, mit der Maßgabe, daß ein wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthaus verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwaltung zu überführen sei und seine Entlassung nach je dreißigjährigen Fristen unter ganz be-



gegenüber 1929. Mit dem endgültigen Abschluß für 1931

ist für den April zu rechnen. Die Einnahmenschwundung im Januar 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahnanteile 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 243 Millionen RM ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, den 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen RM (rund 24 v. S.) eingezahlt. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Anleihe vorgehenden Aufträge sind soweit als möglich herausgegeben worden.

Ein Ueberblick über die Auswirkung der im Dezember beschlossenen Ermäßigung des Gütertarifs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen RM läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wurde in einigen Bezirken der Weichnungsverkehr des Vorjahres sogar übertroffen. Die Einnahmen mußten dabei naturgemäß trotzdem wegen der verbilligten Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

## Tagung des deutschen Einzelhandels.

Eine Rede Dr. Goerdelers.

Berlin, 27. Januar.

In der Geschäftsführerkonferenz der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sprach der Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, über sein Amt, seine Aufgaben und deren Durchführung. Es sei notwendig, darauf hinzuwirken, daß für Käufer mit hoher Individualität eine Auswahl, selbst bei größter Pflege des Binnenmarktes, einen starken Rückgang der Lebenshaltung zur Folge haben müßte.

Er geht nicht an der Tatsache vorbei, daß ein wesentlicher Teil der Inflationsbildung bedingt sei durch Steuern, Gebühren und Tarife. Um hier zu einer Entlastung zu kommen, bleibe nur der Weg höchster Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und organisatorischer Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Außerdem seien alle irgendwie erdenklichen Möglichkeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen auszunutzen.

Er halte es für seine Pflicht, auf die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge hinzuweisen, von denen eine gesunde Lebenshaltung der Preisgestaltung ausgehen müsse und zu denen sie immer wieder zurückführe.

Wirtschaftliche Besserungen können nur kommen aus Arbeit, Spararbeit, Neubildung von Kapital und aus der Erkenntnis, daß ein politisch unmächtiges Volk sich gute Lebensbedingungen niemals verdienen kann.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft, Dr. Libertus, schilderte die Wirkungen der Rotenordnung auf Preise, Inflation und Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Einzelhandel könne keine Aufgabe der Befreiung und Verteilung von Waren nur ausführen, wenn seine eigene Kaufkraft erhalten bleibe. Die Bemühungen um Ausgleich der Spannen des Preisgefüges zwischen freien und gebundenen Waren seien energisch fortzusetzen. Daneben gelte es, den Willen zur langfristigen Anlage beim Sparrer herauszufstellen. Der Redner erörterte die Möglichkeit einer besseren Kreditorganisation für den Einzelhandel in Verbindung mit einer Zusammenfassung der Bankengeschäftlichen und industriellen Wirtschaft und Zweifel gegenüber den Reformen der Realisten, bei der belohnend geführte Mehrbelastungen der mittleren Gewerbebetriebe abzulehnen sind.

## Deutschland hat abgerüstet!

Ein Interview Groeners in der „Volonté“.

Paris, 26. Januar.

Reichsminister Groener gedachte dem Berliner Vertreter der „Volonté“ eine Unterredung über die Frage der Abrüstung und über die deutsche Innenpolitik. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Groener verwies jedoch darauf, daß die nächsten Mannbarn Deutschlands in den letzten Jahren, fast 10 Millionen Mann, in der Wehrmacht und in der Reservearmee, fast 10 Millionen Mann zu mobilisieren Deutschland könne. Diese 10 Millionen Mann für 100 000 Mann für das Landheer und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfalle entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und leichter seine militärische Ausbildung mehr erhalten habe.

Marshall Foch habe im Januar 1927 beklagt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

Zu den französischen Behauptungen über die Geheimverpflichtungen in der französischen Vorrichtungsbekanntlich ist ausdrücklich festgelegt, daß ein Vergleich zwischen den Heereshaushalten der Staaten unmöglich sei. Diese Teile treffen ganz besonders für Frankreich und Deutschland zu, da eritere die Militärdienstpflicht, Deutschland aber ein Berufsheer habe. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Rekruten ebenioniel wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Ausbildung erhalten. Das gleiche gelte für Deutschland. Der deutsche Heereshaushalt sei seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich selbständig dauernd erhöht habe.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von Geheimverpflichtungen sprechen.